»Eine Stationierung in Polen? Das wäre katastrophal«

US-Atomwaffen und NATO-Aggression: Debatte um »nukleare Teilhabe« in der BRD hält an. **Ein Gespräch mit Martin Singe**

Vor kurzem äußerte sich der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, kritisch zur sogenannten nuklearen Teilhabe und ging auf Distanz zur Union. Dabei geht es um die im rheinland-pfälzischen Büchel gelagerten US-Atomwaffen und die Aufrüstungspolitik der NATO. Mützenichs Vorstoß wurde von Ihnen begrüßt, obgleich der SPD-Politiker mit seiner Haltung recht isoliert zu sein scheint. Setzen Sie da auf ein totes Pferd?

Der Widerspruch kam nahezu von allen Seiten. Hauptsächlich aber aus der CDU, die sich bisher am stärksten in der Regierung für die »nukleare Teilhabe« eingesetzt hat. Kritik gab es darüber hinaus auch von vielen Medien, die sich auf NATO-Kurs bewegen, sowie aus der Bundeswehr selbst. Etwa vom früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, der das Festhalten am Ersteinsatz von Atomwaffen forderte.

Ist es nicht naiv, in dieser Frage auf die SPD zu setzen? Haben deren Vertreter wie Heiko Maas nicht unlängst bewiesen, dass sie aus vermeintlich »staatspolitischer Verantwortung« den NATO-Kurs mittragen?

Der Widerspruch kam auch aus der SPD selbst, das stimmt. Außenminister Maas und Vizekanzler Scholz haben hier klar den Ton vorgegeben, dass die Partei zur aktuellen NATO-Politik stehen wird. Umso wichtiger ist es, die Befürworter einer »nuklearen Teilhabe« stärker in einen Argumentationszwang zu bringen. Immerhin gibt es eine klare

PRIVAT

Martin Singe ist einer der Sprecher der Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt« und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Friedensforum*

Mehrheit hierzulande, die Atomwaffen in Deutschland ablehnt.

Gefährlich ist gegenwärtig auch, dass Maas die Koalitionsverhandlungsgruppe zur Sicherheitspolitik anführt. Das verdeutlicht noch einmal, in welche Richtung dort debattiert wird. Auch die Grünen haben ihre einst klare Position über Bord geworfen. Sowohl was die »nukleare Teilhabe«, aber auch was bewaffnete Drohnen angeht. Wir müssen daher weiter Druck erzeugen, und das machen wir mit unserer Kampagne und Aktionen wie in Büchel.

In der Debatte wird vermehrt die Karte gespielt, dass US-Atomwaffen künftig statt in der BRD in Polen stationiert werden könnten. Halten Sie das für wahrscheinlich?

Die Gefahr besteht, dass Polen zusammen mit den USA diese Forderung erhebt. Dazu gab es schon im Mai 2020 eine Diskussion, als die amerikanische Botschafterin in Polen dies angesichts der Äußerungen in der SPD gefordert hatte. Damals hieß es, Polen könne diese Fähigkeiten und Funktionen übernehmen, wenn Deutschland hier schwächelt. Allerdings verbietet der Grundlagenvertrag zwischen Russland und NATO diese Forderung eindeutig. Es gab ja bereits viel Ärger mit der Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses, womit die sicherheitspolitischen Gewichte in Europa stark verschoben wurden. Dem mit der Stationierung von Atomraketen in Polen noch eins draufzusetzen wäre katastrophal. Wir brauchen eine Stärkung der kollektiven Sicherheitssysteme, also von UNO oder OSZE.

Wie reagierte Russland auf die neuen Überlegungen?

Russland hielt sich bisher vermutlich zurück, weil es diese Forderung für absurd hält. Auch bei der damaligen Debatte 2020 verwies man dort auf den Grundlagenvertrag und betonte, dass dies ein schwerer Schlag für die weitere und ohnehin schon stark erschütterte Vertrauensbildung sei.

Sie fordern Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Wie realistisch ist das unter einer möglichen Ampelregierung?

Wir drängen darauf, dass die Bundesrepublik als ersten Schritt eine sogenannte beobachtende Teilnahme an dieser Vertragsstaatenkonferenz realisiert. Die SPD-Abgeordnete Gabriela Heinrich hatte in einer Parlamentsdebatte nach Inkrafttreten des Vertrags fest zugesagt, das anzustreben. Da muss man die SPD jetzt beim Wort nehmen.

Ein Beitritt wird mit dieser Koalition wahrscheinlich nicht geschehen. Aber der Druck muss weiter aufrechterhalten werden, diese Forderung umzusetzen, da es dem klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung entspricht.

Interview: Fabian Linder

XXVII. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ
SONNABEND
8.1.2022